

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>22</b>
A. Problemstellung .....	22
B. Gang der Untersuchung.....	24

## *Erster Teil*

<b>Das herkömmliche Abgabensystem im Überblick</b>	<b>26</b>
A. Begriff der öffentlich-rechtlichen Abgabe .....	26
B. Systematisierung .....	27
I. Steuern .....	27
II. Sonderlasten.....	28
III. Die Offenheit des Abgabensystems .....	30

## *Zweiter Teil*

<b>Die geschichtliche Entwicklung des Gebührenrechts</b>	<b>32</b>
A. Dogmatische Grundlagen.....	32
I. Begriffsmerkmale der Gebühr .....	33
1. Leistung des Staates .....	33
2. Sonstige Merkmale.....	35
a) Einschränkungen hinsichtlich der Staatsleistung .....	35
b) Einschränkungen hinsichtlich des Gebührenzwecks.....	35
3. Terminologie .....	37
a) Gefälle und Sportel .....	37

b) Stempelgebühr und Stempelsteuer .....	38
c) Taxe .....	39
d) Regaliengebühr .....	40
e) Ergebnis .....	40
II. Rechtfertigung der Gebührenerhebung .....	41
1. Die erbrachte Staatsleistung .....	41
2. Der Schutz der Steuerzahler .....	42
III. Gebührenbemessungsprinzipien .....	44
1. Kostentheorie .....	44
2. Nutzen- oder Werttheorie .....	46
3. Gesetzliche Anordnung von Bemessungsprinzipien .....	47
IV. Der gebührenrechtliche Kostendeckungszweck .....	48
1. Kostendeckungszweck und Bemessungsprinzipien .....	49
2. Kostendeckungszweck und Rechtfertigung der Gebührenerhebung .....	49
3. Ergebnis .....	52
B. Darstellung ausgewählter Abgabenarten .....	52
I. Abgaben für Dispense .....	53
II. Abgaben für die Einräumung von sonstigen Rechten .....	54
1. Wirtschaftlich nutzbare Rechte .....	54
a) Abgaben für Gewerbekonzessionen .....	54
b) Abgaben für die Konzession zur Personenbeförderung .....	56
c) Bergwerksabgabe .....	57
d) Patentrechtsabgaben .....	58
e) Abgaben für die Konzession zur Papiergeldemission .....	59
2. Rechte ohne direkten wirtschaftlichen Bezug .....	60
a) Aufenthaltsgeld, Bürgerrechtsgeld und Einkaufsgeld .....	60
b) Nobilitierungsgelder .....	62
c) Radfahrgebühr .....	63
III. Zusammenfassende Würdigung .....	64
C. Fazit .....	66

*Dritter Teil*

<b>Die gegenwärtige allgemeine Gebührendogmatik</b>	<b>68</b>
A. Dogmatische Grundlegung .....	68
I. Einleitung .....	68
II. Die verschiedenen Problemkomplexe des Gebührenrechts.....	72
III. Die funktionalistische Gebührendogmatik.....	74
1. Die Trennung gebührenrechtlicher Ebenen .....	74
2. Die Beziehungen der gebührenrechtlichen Ebenen zueinander.....	77
3. Die Offenheit für Wertungen.....	79
4. Fazit .....	82
B. Begriffsmerkmale der Gebühr.....	83
I. Aussagen des Grundgesetzes.....	83
II. Von der Literatur entwickelte Gebührenbegriffe .....	86
1. Der formale Gebührenbegriff .....	87
2. Der materielle Gebührenbegriff.....	89
3. Der doppelgliedrige Gebührenbegriff.....	90
4. Der monopolistische Gebührenbegriff .....	91
III. Gebührenbegriffe der Rechtsprechung .....	92
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	92
2. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	94
IV. Kritische Würdigung .....	95
1. Kritik des monopolistischen Gebührenbegriffs.....	95
2. Kritik des materiellen Gebührenbegriffs .....	97
3. Kritik des formalen Gebührenbegriffs.....	100
a) Grundsätzliche Bedenken.....	103
b) Gebühr und spezielle Kostendeckung.....	106
c) Ergebnis.....	113
V. Der streng formale Gebührenbegriff.....	113
1. Argumente für ein streng formales Gebührenverständnis.....	114
2. Mögliche Einwände.....	119
3. Streng formaler und doppelgliedriger Gebührenbegriff.....	124

4. Ergebnis und Terminologie.....	125
C. Rechtfertigung der Gebührenerhebung.....	126
I. Notwendigkeit der Rechtfertigung.....	126
II. Möglichkeiten der Rechtfertigung.....	129
1. Kostenverantwortlichkeit.....	131
2. Vorteilsausgleich.....	132
a) Vorteilsausgleich und Grundrechte.....	135
aa) Der allgemeine Gleichheitssatz.....	135
bb) Das Gemeinwohl.....	141
(1) Begriff und Inhalt.....	141
(2) Gemeinwohl und Gebührenerhebung.....	145
cc) Ergebnis.....	149
b) Vorteilsausgleich und Finanzverfassung.....	149
aa) Problemstellung.....	149
bb) Das Prinzip Steuerstaat.....	151
(1) Inhalt und Bedeutung.....	151
(2) Die Zulässigkeit von Abweichungen.....	154
cc) Die vorteilsausgleichende Gebühr als Abweichung vom Steuerstaatsprinzip.....	156
c) Ergebnis.....	159
D. Gebührenbemessungsprinzipien.....	159
I. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Äquivalenzprinzip.....	160
1. Begriff des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	160
2. Begriff des Äquivalenzprinzips.....	162
3. Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Gebührenrecht.....	164
4. Geltung des Äquivalenzprinzips im Gebührenrecht.....	166
a) Positionen innerhalb der Rechtsprechung.....	166
b) In der Literatur vertretene Positionen.....	168
aa) Ablehnung von Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Äquivalenzprinzip.....	168

bb) Anerkennung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei gleich- zeitiger Ablehnung des Äquivalenzprinzips .....	170
c) Die rechtliche Identität von Äquivalenzprinzip und Verhältnis- mäßigkeitsgrundsatz .....	171
5. Ergebnis .....	175
6. Äquivalenzbeziehungen .....	176
a) Gebührenhöhe und Wert der Leistung .....	177
b) Gebührenhöhe und Kosten der Leistung .....	178
c) Die Gleichrangigkeit von Kosten- und Wertmaßstäben .....	179
II. Das Kostendeckungsprinzip .....	180
1. Begriff, Inhalt und Abgrenzung .....	180
2. Geltung des Kostendeckungsprinzips im Gebührenrecht .....	183
a) Befürworter einer gebührenimmanenten Geltung .....	184
b) Gegner einer gebührenimmanenten Geltung .....	185
aa) Die Position der Rechtsprechung .....	185
bb) Stimmen der Literatur .....	187
c) Das Kostendeckungsprinzip im gebührendogmatischen System .....	188
aa) Kostendeckungsprinzip und Gebührenbegriff .....	189
bb) Kostendeckungsprinzip und Rechtfertigung von Gebühren .....	190
cc) Kostendeckungsprinzip und Äquivalenzprinzip .....	191
dd) Die Bemessungsprinzipien und das funktionalistische Gebührenverständnis .....	192
ee) Differenzierung nach Gebührentypen? .....	195
ff) Kostendeckungsprinzip und Willkürverbot .....	197
III. Ergebnis .....	198
E. Gebührenzwecke .....	199
I. Gebührenimmanente Zwecke .....	199
II. Fakultative Gebührenzwecke .....	199
1. Kostendeckung, Vorteilsausgleich und Wertabschöpfung .....	200
a) Folgerungen aus den Gebührenrechtfertigungsgründen .....	200
b) Insbesondere Vorteilsausgleich und Wertabschöpfung .....	202

aa) Präzisierungen .....	202
bb) Stellungnahmen von Rechtsprechung und Literatur .....	203
cc) Die gebührenrechtliche Gleichbehandlung entstandener Werte .....	205
dd) Ergebnis .....	207
2. Lenkung und Gewinnerzielung .....	207
a) Lenkung .....	207
b) Gewinnerzielung .....	208
III. Die Ermittlung des Gebührenzwecks .....	211

#### *Vierter Teil*

<b>Die Verleihungsgebühr</b>	<b>212</b>
A. Der gegenwärtige Meinungsstand im Überblick .....	212
I. Rechtsprechung .....	212
II. Literatur .....	215
III. Der weitere Gang der Untersuchung .....	216
B. Begriff und Abgrenzung .....	217
I. Begriff .....	217
1. Die Staatsleistung als begriffsbestimmendes Merkmal .....	217
2. Begriffsbildungen von Rechtsprechung und Literatur .....	218
a) Verleihung eines Rechts .....	218
aa) Tatbestandliche Einschränkungen .....	219
bb) Tatbestandliche Erweiterungen .....	220
b) Übertragung wirtschaftlicher Werte .....	221
3. Die Rechtsverleihung als einziges Begriffselement .....	222
4. Ergebnis .....	228
II. Abgrenzung .....	228
1. Abgrenzungskriterien .....	228
2. Abgrenzung zu Sonderabgabe und Steuer .....	230
3. Abgrenzung zum Beitrag .....	233
4. Abgrenzung zu Verwaltungs- und Benutzungsgebühr .....	233

C. Rechtfertigung.....	234
I. Anknüpfung an die allgemeine Gebührendogmatik.....	234
II. Der Kreis gebührenfähiger Rechte.....	236
1. Vorteilhaftigkeit .....	236
a) Stellungnahmen von Rechtsprechung und Literatur .....	236
b) Vorteilhaftigkeit als Grundrechtsproblem.....	238
aa) Präventive und repressive Verbote .....	238
(1) Begriff und Abgrenzung.....	238
(2) Rechtfertigung.....	242
(3) Konsequenzen .....	245
(a) Das präventive Verbot.....	245
(b) Das repressive Verbot .....	247
(4) Ergebnis.....	255
bb) Der gebührenfähige Vorteil.....	255
c) Ergebnis.....	264
2. Wirtschaftliche Nutzbarkeit.....	265
a) Stellungnahmen von Rechtsprechung und Literatur .....	265
b) Folgerungen aus Finanzverfassung und Gleichheitssatz.....	266
c) Der Kreis wirtschaftlich nutzbarer Rechte .....	269
d) Ergebnis .....	272
3. Ergebnis.....	272
D. Bemessung und Zweck.....	272
I. Der Zweck der Verleihungsgebühr und sein Verhältnis zur Bemessung .....	272
II. Der Wert des verliehenen Rechts.....	274
1. Die Wertbemessung im geltenden Gebührenrecht .....	274
2. Präzisierungen .....	277
3. Mögliche Kriterien .....	280
a) Der Betrag des tatsächlich Erwirtschafteten.....	280
b) Der Betrag des fiktiv Erwirtschafteten.....	281
aa) Der gebührenrechtliche Wahrscheinlichkeitsmaßstab .....	282
bb) Das Instrument der Schätzung im Steuerrecht .....	283

cc) Die Schätzung des Wertes verliehener Rechte .....	285
c) Ergebnis.....	287
4. Sonstige Bemessungsvorgaben.....	288
5. Die gerichtliche Kontrolldichte .....	290
6. Ergebnis.....	295
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	295
1. Äquivalenzprinzip .....	295
2. Finanzverfassung.....	296
3. Grundrechte .....	299
a) Die Eigentumsgarantie .....	299
b) Der allgemeine Gleichheitssatz.....	301
IV. Formulierungsvorschlag.....	302
E. Die Verleihungsgebühr als Wertungsproblem.....	303
I. Gebührenogmatischer Befund.....	303
II. Unberechtigte Einwände gegen die Verleihungsgebühr .....	304
1. Verstoß gegen Gleichheitsprinzipen .....	304
2. Anachronismus.....	305
3. Preis für Freiheit.....	306
III. Die offene Flanke der Verleihungsgebühr.....	307
F. Sonstige Aspekte der Verleihungsgebühr.....	313

### *Fünfter Teil*

<b>Beurteilung ausgewählter Umweltabgaben</b> .....	<b>317</b>
A. Allgemeines .....	317
B. Einzelne Abgaben .....	319
I. Abgaben für Wasserentnahmen.....	319
1. Das baden-württembergische Wasserentnahmeentgelt.....	319
a) Rechtliche Ausgestaltung.....	319
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr?.....	320
2. Die Gebühr für Wasserbenutzungen in Brandenburg und Niedersachsen..	323



a) Rechtliche Ausgestaltungen .....	323
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr?.....	324
3. Die schleswig-holsteinische Grundwasserentnahmeabgabe.....	325
a) Rechtliche Ausgestaltung .....	325
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr?.....	326
4. Weitere landesrechtliche Wasserentnahmeabgaben.....	327
5. Die Hamburger Gebühr für Grundwasserentnahmen .....	329
a) Rechtliche Ausgestaltung .....	329
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr.....	330
c) Rechtfertigung.....	334
aa) Vorteilhaftigkeit .....	334
bb) Wirtschaftliche Nutzbarkeit .....	335
cc) Gleichheit und Gemeinwohl.....	336
dd) Ergebnis .....	338
d) Bemessung und Zweck.....	338
e) Sonstige Aspekte.....	342
f) Ergebnis.....	343
6. Die Bremer Grundwasserentnahmegebühr .....	343
a) Rechtliche Ausgestaltung .....	343
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr.....	344
c) Rechtfertigung, Bemessung und sonstige Aspekte .....	345
d) Ergebnis .....	346
II. Das nordrhein-westfälische Lizenzentgelt .....	346
1. Rechtliche Ausgestaltung .....	346
2. Qualifizierung als Verleihungsgebühr.....	347
3. Rechtfertigung.....	349
a) Vorteilhaftigkeit .....	349
aa) Die tatsächlich erteilte Lizenz .....	349
(1) Formelle Verfassungsmäßigkeit: Gesetzgebungskompetenz .....	351
(2) Materielle Verfassungsmäßigkeit: Art. 12 Abs. 1 GG .....	353
(3) Ergebnis.....	357

bb) Die fiktiv erteilte Lizenz.....	357
cc) Ergebnis.....	358
b) Wirtschaftliche Nutzbarkeit.....	359
c) Ergebnis.....	359
4. Bemessung und Zweck.....	360
5. Sonstige Aspekte.....	363
6. Ergebnis.....	364
Zusammenfassung.....	366
Literaturverzeichnis.....	372
Sachverzeichnis.....	385